



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/VIII/148 - 29.6.53

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 37654-59  
Fernschreiber 039890

Zum Parteitag der FDP in Lübeck	S. 1
Eisenhower und der Kongreß	S. 3
Karlshorst und Pankow	S. 5
Fünf Millionen DM für 310 Delegierte	S. 7

## FDP im Schwebezustand

F.R. Auf diesem "außerordentlichen" Parteitag der FDP in Lübeck ging es sehr honorig und gut bürgerlich zu, Bad Ems seinerzeit war im Vergleich dazu ein Hexensabbath. Die liberale Linie bestimmte weitgehend das äußere Bild und den Tenor der Reden und Diskussionsbeiträge, die Radikalen hatten sich nach ihrem Sieg in Düsseldorf dazu umso eher bereit- in die zweite Linie gestellt und beschränkten sich auf einige demonstrative Vorstöße. Auch in dem Wahlprogramm überwiegen liberale Gesichtspunkte. Aber natürlich weiß man, daß die praktische Politik weitgehend von den Tatsachen abhängen wird, die die Wahl selbst schafft.

Der einzige spannungsvolle Vorgang war der hinter den Kulissen geführte Angriff der Berliner gegen Middelhaue. Die Berliner wollten ihren eingebrachten Mißtrauens-Antrag gegen den Vorsitzenden in Nordrhein-Westfalen nur zurückziehen, wenn er seinerseits darauf verzichtete, das Wort zu nehmen und wenn der Parteitag eine EntschlieÙung gegen Achenbach einbringen würde. Auch hier geschah schließlich nichts - Middelhaue sprach, freilich nur über ein Thema am Rande, gegen Achenbach wurde keine EntschlieÙung eingebracht, aber auch der Berliner Antrag kam nicht und wurde bis nach den Wahlen zurückgestellt. Das alles war sehr bezeichnend.

Das Bestreben, die weiterschwelende Spannung nicht sichtbar werden zu lassen, ist begreiflich, denn eine Partei wie die FDP, würde sich selbst aufs schwerste schädigen, wollte sie sich sechs

Wochen vor der Wahl zum neuen Bundestage spalten. Immerhin ist auch heute noch nicht die Frage sicher beantwortet, ob der Burgfrieden zwischen den feindlichen Lagern wirklich bis zu den Wahlen erhalten werden kann. Das muß man abwarten, ebenso wie die Antwort auf die Frage nach dem Verhalten der FDP nach den Wahlen.

An diesem Punkt trat das zweite Hauptbestreben dieses Parteitages in Erscheinung: Keine unwiderrufliche Festlegung für die Zeit nach den Wahlen. Von der Formel Reinhold Maiers vor dem Liberalen Studentenbund "Große Koalition oder gemeinsame Außenpolitik mit der Opposition" bis zu der radikalen Absage Eulers gegen jede Änderung des bisherigen Kurses gab es viele Nuancen. Aber das Schwergewicht lag auch hier auf Äußerungen mit dem merklichen Bemühen um Verständnis für andere Auffassungen als die herrschenden, nicht auf denen provokatorischen Charakters. Kernstück in der erstgenannten Richtung war die Rede Reinhold Maiers, nach dem Urteil aller Teilnehmer das politische Ereignis des Kongresses. Selten ist gegen die Außenpolitik des Kanzlers von nicht-sozialdemokratischer Seite ein so massiver und wohlfundierter Angriff geführt worden, selten auch hat sich der politische Katholizismus in der Bundesrepublik so die Wahrheit sagen lassen müssen, wie von dem Regierungschef in Stuttgart. Es war schon erstaunlich, daß diese Rede den stärksten Beifall erhielt.

Der verabschiedete Wahlentwurf - auch er im Grunde mehr "Liberales Manifest" als "Deutsches Programm" - enthielt den interessanten Hinweis, die FDP strebe eine Außenpolitik an, "die aus dem in der parlamentarischen Demokratie natürlichen Gegensatz zwischen Regierung und Opposition herausgehoben ist". Andererseits findet sich in dem Programm auch ein Bekenntnis zu den verschiedenen Erscheinungsformen europäischer Integration, freilich auch für solche, (EVG und EPG), von denen man in Gesprächen offen zugab, daß sie keine echte Chance der Verwirklichung mehr haben.

Auffallend umfangreich und nachdrücklich wurde während der ganzen Tagung die kulturpolitische Linie der Partei vertreten, obwohl es gerade hierzu kein eigenes Referat gab. Die Referate über Wirtschaftspolitik und zahlreiche andere Sachgebiete hielten sich im Rahmen des Gewohnten und Erwarteten, sie wurden verteilt und bei einem leicht gelangweilten und zeitweise sehr gelichteten Auditorium verlesen. Für die Aussprache blieb nur eine kurze Frist übrig.

Von der "Unterwanderung" durch frühere prominente Nazis, von Herrn Naumann und allen diesen peinlichen Dingen war nicht die Rede, von einigen hauchzarten Andeutungen abgesehen. Dafür sprach man außerhalb des Sitzungssaals umso mehr davon als von einer Erscheinung, mit der man trotz des "Friedens von Düsseldorf" noch lange nicht fertig sei. Der starke Beifall, den auch Männer wie Middelhaufe und Euler von ihrer Anhängerschaft fanden, bestätigte dies. Die FDP wird jedenfalls um eine echte Entscheidung zwischen Neo-Liberalismus und einer radikalen Rechtspartei nicht herumkommen. Die Antwort auf diese Frage wird über ihre Existenz entscheiden.

+ + +

Ein starker Kongreß und ein schwacher Präsident

O.L.-New York, Ende Juni

Bis 30. Juni, dem Ende des amerikanischen Budgetjahres, sollten das neue Budget und die Steuergesetze, die zu seinem Ausgleich notwendig sind, beschlossen sein. Aber wie in den letzten Jahren, dürfte auch diesmal dieses Ziel nicht erreicht werden. Das Budget ist noch lange nicht fertig und es steht noch immer nicht fest, ob die Ersparungsvorschläge, die das neue Kabinett, vor allem der Verteidigungsminister Wilson für die Luftflotte gemacht hat, vom Kongreß schließlich angenommen werden. Das neue Budgetjahr beginnt im Zeichen der Unklarheit darüber, was die endgültigen Budgetansätze und Geldebewilligungen - "Appropriations" heißen die besonderen Gesetze, die in USA neben dem Budget beschlossen werden müssen - bestimmen werden ...

Daß der Präsident sich bei seiner eigenen Partei im Kongreß nicht durchgesetzt hat, zeigt sich vor allem an der Unklarheit und Unentschiedenheit in der Steuerfrage. Eisenhower hat wiederholt verlangt, daß alle Steuerermäßigungen - die die Republikaner vor den letzten Wahlen versprochen - vertagt würden. Aber es ist noch immer höchst zweifelhaft, ob die Republikaner im Kongreß, insbesondere bei der sogenannten "Excess Profit Tax", einer Steuer auf Übergewinne von Aktiengesellschaften seit dem Beginn des Korea-Krieges, dem dringenden Rat des Präsidenten und seines Kabinettes folgen werden.

In der Frage der Auslandshilfe hat der Präsident den Ersparungswünschen konservativer Kongreßmitglieder weitgehend nachgegeben - wahrscheinlich mehr als es für die amerikanische Außenpolitik und vor allem für die wirtschaftliche Entwicklung insbesondere Westeuropas zweckmäßig ist. Trotzdem hat Senator Taft mit einem seiner geschickten Querschüsse gegen die Politik des Präsidenten neue Schwierigkeiten geschaffen: Der Präsident soll die Vollmacht erhalten, die Auslandshilfe an westeuropäische Länder zurückzuhalten, falls der Vertrag über EVG nicht überall zeitgerecht ratifiziert werde. Aber was soll der Präsident mit einer solchen Pression anfangen ?

Überhaupt sieht Eisenhower die Freiheit seiner außenpolitischen Entscheidungen durch Strömungen im Kongreß aufs schwerste bedroht, wenn nicht gar gelähmt. Nicht nur Senator McCarthy, sondern auch andere Mitglieder des Senates sind für eine in das Budget aufzunehmende

Bestimmung, die es der amerikanischen Regierung unmöglich machen soll, weiter Beiträge an die Vereinten Nationen zu entrichten, falls das kommunistische China in diese Organisation aufgenommen würde. Auch sonst ist die außenpolitische Linie Eisenhowers sowohl in Europa wie im Fernen Osten im Kongreß ständigen Quertreibereien ausgesetzt. Manche Senatoren, der berüchtigte McCarthy allen voran, finden anscheinend außerordentlichen Gefallen daran, die führenden Männer des State Department (Außenministeriums) vor sich herzutreiben und die Beamtenschaft dieses Ministeriums in eine sich stets verschärfende Panik zu versetzen. Je mehr Eisenhower und Dulles sich bemüht haben, mit McCarthy Frieden zu halten, desto kritischer ist die Lage für sie und das State Department geworden.

In der Außenhandelspolitik, die das Kernstück der Außenpolitik des wirtschaftlich mächtigsten Landes der Welt bilden sollte, ist es dem Präsidenten bisher nicht besser ergangen. Der Präsident hat sich, gegen den Rat vieler seiner fortschrittlicheren und internationalistischen Anhänger, genötigt gesehen, ein Kompromiß mit den Schutzzöllnern im Kongreß abzuschließen, um die Verlängerung des Gesetzes über die gegenseitigen Handelsverträge auch nur für ein Jahr zu erreichen. Dieser Kompromiß bedeutet in Wirklichkeit, daß die unentwegten Schutzzöllner unter den Republikanern nun viel stärkeren Einfluß auf die Gesamtlinie und die Einzelheiten der amerikanischen Zoll- und Handelspolitik ausüben werden.

Es ist ein einheitliches Bild auf der ganzen Linie: Der Präsident konnte sich bisher nicht als Führer seiner Partei durchsetzen. Obwohl seine Popularität, wie seine jüngste Reise zeigte, offenbar nicht abgenommen hat und er beim amerikanischen Volk stärkeren Rückhalt hat als irgendeiner seiner Widersacher in seiner eigenen Partei, hat Mr. Eisenhower es zumindest in den ersten kritischen Monaten versäumt, sich als "starker Präsident" einzuführen und das Übergewicht des Weißen Hauses gegenüber dem Kapitol herzustellen. Die erste Runde in dem in der amerikanischen Politik durchaus nicht ungewohnten Zweikampf zwischen Präsident und Kongreß endet zweifellos nicht zugunsten Eisenhowers. Dabei hat die eigentliche Opposition, nämlich die Demokratische Minderheit, noch kaum zu opponieren begonnen.

Kreml-Politik zwischen den Zeilen

EZ - Berlin

Die harten Unterdrückungsmaßnahmen nach dem siegreichen Aufstand der sowjetzonalen Arbeiterschaft am 16. und 17. Juni mögen zu dem Schluss verleiten, alle Hoffnungen auf eine Fortsetzung des von den Sowjets am 9. Juni dem Politbüro der SED aufgezwungenen "Kurawechsels" seien vergeblich gewesen. Die Tatsache, dass die Sowjetischen Truppen das SED-Regime noch einmal gerettet haben und das heute die führenden SED-Funktionäre in allen grösseren Zonenbetrieben ihre "Rehabilitierungskampagne" durchführen können, legt die Annahme nahe, Semjonow habe niemals politische Strukturveränderungen im Sinne gehabt oder habe sie zumindest nach dem revolutionären Aufstand der Arbeiter gegen die bisher vom Kreml protegierten aufgegeben.

So naheliegend eine solche Schlussfolgerung auch sein mag, sie lässt sich bei einer objektiven Bewertung der augenblicklichen Situation nicht aufrechterhalten. Die Aussichten für eine allein ausschlaggebende Veränderung in der politischen Struktur können niemals in dem gesehen werden, was die SED-Führung will und tut, sondern nur in jenen politischen Manifestationen, die auf die Sowjets selbst zurückgehen oder die Karlsruher Initiative verraten.

Dass die sowjetische Tendenz, vielleicht sogar Bereitwilligkeit, zu tiefgreifenden Veränderungen in der Machtspitze des sowjetzonalen Staatsapparates auch heute keineswegs verschüttet ist, zeigen einige aufschlussreiche Vergleiche. Am 21. Juni tagte das ZK der SED und erklärte die eigenen politischen Fehler, die zum Arbeiteraufstand führten - getreu der Version, dass es sich um einen westlich initiierten Putsch handelte - mit dem Hinweis, die "bisherige Linie habe eine schnelle Hebung des Lebensstandards der Bevölkerung verhindert". Am 24. Juni musste Grotewohl vor der Belegschaft des Braunkohlenkombinats in Böhlen als Vertreter des angeklagten Regimes das drastische Geständnis ablegen: "Schuld an diesen Zuständen, die zu den Ereignissen führten, waren wir". Es kann wohl kein Zweifel bestehen, dass dieses gegenüber der ersten ZK-Erklärung drastische Schuldbekennnis nicht ohne Einwirken von Karlsruhe zustande gekommen ist. Noch viel aufschlussreicher ist in diesem Zusammenhang aber, dass Grotewohl in dieser Rede kategorisch erklärte, aber an einen Rücktritt der Regierung sei gar nicht zu denken, da sie ja ihre Fehler wieder gut machen müsste.

Diese letztere wichtige Willenskundgebung Grotewohls durfte weder im Zentralorgan der SED, im "Neuen Deutschland", noch in der sowjetischen "Täglichen Rundschau" veröffentlicht werden.

Wenn man wohl mit Recht annimmt, dass auch bei der Redigierung der Wiedergabe dieser Grotewohl-Rede Semjonow die Hand im Spiele gehabt hat, liegt es nahe, dass für die Sowjets eine grundlegende Regierungsumbildung keineswegs indiskutabel ist, wie es nach aussen den Anschein hat. In diesem Zusammenhang ist es nicht ohne Bedeutung, dass die sowjetische "Tägliche Rundschau" in diesen Tagen auf der ersten Seite sehr auffällig die Nachricht über die Unterredung Semjonows mit führenden CDU-Politikern veröffentlichte, während das SED-Zentralorgan diese wichtige Tatsache einfach totschwieg. Weiter ist es wohl kein glatter Zufall, dass die Zeitung der Sowjets über Ulbrichts Reden vor den Arbeitern einzelner Betriebe nur an versteckter Stelle berichtet. Noch deutlicher werden diese Dissonanzen, ja vielleicht sogar Spannungen zwischen Pankow und Karlshorst, wenn man bedenkt, dass die Zeitung Semjonows am 27. Juni die am Vortage von der SED in ganz Ostberlin arrangierten Treuedemonstrationen linientreuer Parteimitglieder, die als Antwort auf die Erhebung der Werktätigen gedacht waren, nur ziemlich klein auf Seite zwei lediglich zur Kenntnis nimmt, während die SED-Zeitung "Neues Deutschland" fast die ganze erste Seite dafür zur Verfügung stellt.

Diese Beobachtungen zeigen, dass auch nach der Erhebung des Volkes gegen das SED-Regime und nach der Rettung der Regierung durch die Sowjets grundlegende politische Veränderungen im sowjetzonalen Machtapparat keineswegs ausgeschlossen sind. Dass die Sowjets einen solchen Schritt nicht schnell durchführen, dürfte in dem doppelten Bestreben begründet sein, im Hinblick auf Viererverhandlungen einmal nach aussen hin keine Schwäche <sup>zu</sup> zeigen, zum anderen aber durch die von ihnen zugelassene Kampagne der SED-Spitzenfunktionäre in den Grossbetrieben vor der Welt den Anschein zu erwecken, dass nicht echte politische Motive wie der unbrechbare Willen zu freien Wahlen, sondern lediglich wirtschaftliche und soziale Ursachen zu dem Aufstand geführt haben. Das Eingeständnis elementarer politischer Beweggründe, wie es eine sofortige Kaltstellung massgebender SED-Funktionäre sein würde, müsste die sowjetische taktische Verhandlungsposition auf einer Viererkonferenz von vornherein schwächen. Dies zuzulassen, kann nicht einmal von dem konziliantesten Verhandlungspartner, viel weniger aber von den hartgesottenen Kreml-Politikern erwartet werden.

Teure Beschäftigungstherapie im EVG-Rahmen

(sp) Daß der EVG-Vertrag im Interesse der deutschen Wiedervereinigung und selbst im Hinblick auf die Schaffung einer minimalen Sicherheit für das halbe Deutschland von keiner deutschen Regierung verantwortet werden kann, beginnen allmählich auch die einstigen Befürworter der Verträge zuzugeben. Sie wählen allerdings für die Erklärung ihrer Einsicht meist die Worte, daß der EVG-Vertrag ohnehin tot sei. Wir hoffen, daß es so ist, damit nicht als Fazit der ersten Regierungsperiode in Bonn der Verzicht auf die Einheit und auf eine Politik zur Schaffung echter Sicherheit und echter Einigung in Europa festzustellen bleibt.

Unverständlich ist es jedoch, daß die Regierung weiterhin in einen toten oder sterbenden Vertrag Millionen DM investiert, als gäbe es in unserer Republik keine lebendigen Verpflichtungen, die zu erfüllen sind. Daß außer den jährlichen 9,6 Milliarden DM "Verteidigungslasten", die im wesentlichen immer noch reine Besatzungskosten sind, 8,53 Millionen DM für die Dienststelle Blank aufgewendet werden, mag, wenn auch nicht in dieser Höhe, noch dadurch zu rechtfertigen sein, daß sich die Arbeit in Blanks Dienststelle auch für eine annehmbare Form des deutschen Verteidigungsbeitrages, wenn dieser unerblicklich werden sollte, als Vorplanung verwenden lassen könnte. Absolut unvertretbar sind jedoch die 4,924 Millionen DM, mit denen die Bundesrepublik eine 310 (dreihundertundzehn) Köpfe umfassende Delegation beim Pariser Interimsausschuß der EVG unterhält. Der Vertrag ist nicht in Kraft und wird aller Voraussicht nach nicht in Kraft treten. Die Bundesregierung aber hält es mit Billigung ihrer Parteien für zulässig, rund fünf Millionen DM für eine Delegation aufzuwenden, deren Größe über der einzelner Ministerien liegt. Die Bundesministerien für Finanzen, für Inneres, für Verkehr, für Wirtschaft, für Auswärtiges, das Amt Blank und das Presse- und Informationsamt der Regierung - alle haben sie Leute in Paris. Und nach den Haushaltsansätzen sind es fleißige Leute, denn allein für Überstundenvergütungen sind 179.700 M vorweg geschätzt und eingesetzt worden. Für Reisekostenvergütungen wurden 1,65 Millionen DM von der Regierung veranschlagt.

Man könnte sagen, die Regierung läßt sich die Beerdigung des EVG-Vertrages etwas kosten. Aber so leicht sollte man die Dinge nicht nehmen. Eine Regierung kann nicht auf der einen Seite berechnete soziale Forderungen mit dem Hinweis auf die angespannte Finanzlage ablehnen und auf der anderen Seite Millionen für unzulässige Zwecke ausgeben, wie es die Unterhaltung einer Delegation bei dem Ausschuss eines Vertrages ist, den es überhaupt nicht gibt. Man komme nun nicht mit dem Einwand, die fünf Millionen DM für die EVG-Beschäftigungstherapie seien "ohnehin zu wenig", um damit soziale Verpflichtungen zu erfüllen. Im Bundeshaushalt gibt es genug Posten, wie z.B. die zahlreichen Verfügungsfonds, die zusammen mit den fünf Millionen eine ganz andere als die bisherige Regelung etwa der Kriegsgefangenenentschädigung oder der Leistungen an die Ostzonenflüchtlinge oder der Kinderbeihilfen möglich machen würden.

---

Verantwortlich: Peter Raunau